

Fragen an Marcus Bocklet

(aus www.abgeordnetenwatch.de)

► [Arbeit](#)



01.01.2008
Frage von
Andreas Joos

Hallo Marcus,

als langjähriger Arbeitskollege bleibe ich beim kollegialen Du - ich denke, das ist trotz möglicher Kontroversen ok?

In meiner Funktion als Vorstandsmitglied und Aktiver bei Ver.di Frankfurt wurde an mich herangetragen, dass zwei Betriebsräte der Werkstatt Frankfurt e.V. fristlos gekündigt wurden. Der Geschäftsführer der Werkstatt Frankfurt e.V., Herr Skerutsch, informierte die gesammte Belegschaft wie folgt am 27.11.07:

gestern haben wir die Arbeitsverhältnisse eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des betriebsrats auf wichtigem Grund fristlos gekündigt. Der Betriebsrat hat dieser Kündigung zugestimmt.

Hintergrund dieser Kündigung ist, dass diese beiden Mitarbeiter im November 2007 einem Kandidaten für die Wahl zum Hessischen Landtages, schriftlich per Mail unter anderem gedroht haben, Wahlveranstaltungen aufzusuchen und dort Fragen zu seinem Verhalten und seiner Einstellung in Bezug zu einer Betriebsänderung bei Werkstatt Frankfurt aus dem Jahr 2004 zu stellen....."

Ferner wird den beiden BR-Kollegen vorgeworfen dabei "öffentlich wirksam ihre eigenen politischen Ansichten zu Hartz IV, zur Beschäftigung `sog. 1 - Euro-Jobber` und der arbeitsmarktpolitischen Rolle von Werkstatt Frankfurt kund zu tun."

Ich kann nun meinerseits nicht nachvollziehen, wie mit dem Besuch öffentlicher Wahlkampfveranstaltungen und der Ankündigungen von kritischen Fragen ein Kandidat sich bedroht fühlen könnte. Ich gehe ganz im Gegensatz dazu aus, dass Wahlveranstaltungen mit ein Ort lebendiger Auseinandersetzungen mit möglichen Wählern sein sollten und dies eher für eine demokratische Streitkultur sprechen kann.

Meine Fragen,

1. was war und ist das bedrohliche an solch einer "Drohung"
2. weißt du von den Kündigungen und wie stehst Du dazu?

07.01.2008
Antwort von
Marcus Bocklet

Hallo Andreas,

seit 2006 bin ich nicht mehr Mitglied des Vorstandes der Werkstatt Frankfurt. Heutige interne Vorgänge kann ich also nicht beurteilen.

Nur so viel: Wenn es zutrifft, dass selbst der dortige Betriebsrat dem Vorgehen der Geschäftsführung zustimmt, dann spricht das für sich. Ich

bitte um Verständnis, dass ich Zweitquellen nicht weiter kommentieren möchte. Ich schlage vor, dass du den Betriebsrat direkt dazu befragst.

Grundsätzlich kann ich sagen, dass ich Kündigungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne. In der Hoffnung dir geholfen zu haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Marcus Bocklet
Mitglied des Hessischen Landtages
Reinschaun´ lohnt sich: www.marcus-bocklet.de

► [Arbeit](#)



30.12.2007
Frage von
Beate Zeidler

Sie sind ausweislich Ihrer Abgeordnetenbiografie Mitglied des Vorstandes von "Werkstatt Frankfurt eV" und armutspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Bei der "Werkstatt" werden, wie ich aus dem Labournet erfahren habe (www.labournet.de), Ein-Euro-Jobber auf regulären Arbeitsplätzen eingesetzt, und nicht nur das – Betriebsräte, die dies problematisieren, wurden Schikanen ausgesetzt und gekündigt.

Ich möchte deshalb gern folgende Fragen stellen.

Erstens: trifft es zu, dass zwei Ein-Euro-Jobber auf dem Arbeitsplatz eines regulär beschäftigten Sachbearbeiters eingesetzt wurden, der in eine andere Abteilung versetzt wurde? Hatten Sie davon Kenntnis? Wenn ja, welche Aktion haben Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied ergriffen?
Zweitens: wie stehen Sie als armutspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion zu der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs?

07.01.2008
Antwort von
Marcus Bocklet

Sehr geehrte Frau Zeidler,
ich bin seit etwa zwei Jahren nicht mehr im Vorstand der Werkstatt Frankfurt. Interne Abläufe kann ich also nicht beurteilen.

Zur Frage von den Ein-Euro Jobs:

Ich habe mich als Abgeordneter im Landtag in mehreren Initiativen dafür eingesetzt, dass diese so genannten Arbeitsgelegenheiten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Die Finanzierung wäre kein Problem in der so genannten Entgeltvariante und durch die Umwandlung der passiven Leistungen der BA für Arbeit in aktive Leistungen.

Leider wurden diese Anträge durch die CDU Landesregierung abgelehnt. Aber diese Landesregierung können wir ja gemeinsam am 27.1. ablösen.

Beste Grüße

Marcus Bocklet